

Iran im Fokus

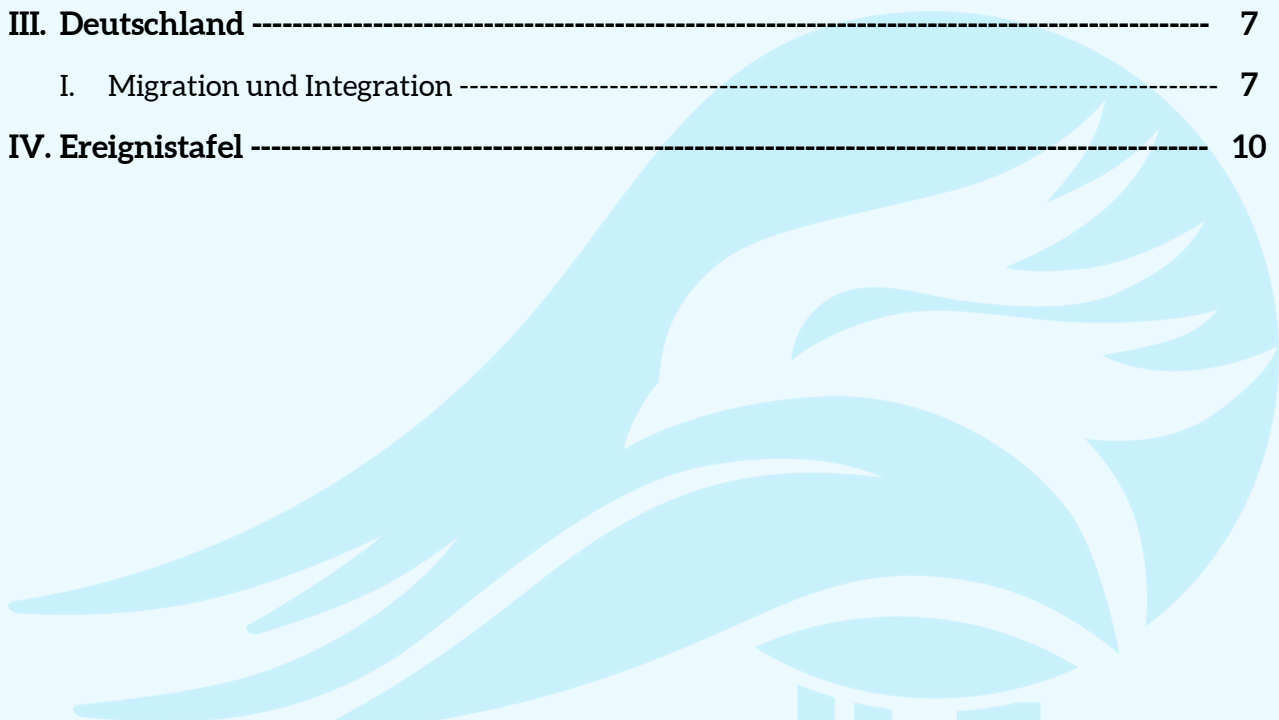
Rückblick und Analyse der Menschenrechts- und Frauenrechtssituation, der Freiheitsbewegungen und zukünftigen Entwicklungen im Iran und im Nahen Osten sowie der Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland.



Erstellt von: Arbeitsgruppe Medien des Vereins ILF
Kontakt: iif@iranische-liberale-frauen.org

Inhaltsverzeichnis

I. Frau im Fokus	1
II. Iran	2
I. Menschenrechte	2
II. Innenpolitik	4
III. Außenpolitik	4
III. Deutschland	7
I. Migration und Integration	7
IV. Ereignistafel	10



Mit „Iran im Fokus“ stellt die ILF eine Zusammenfassung relevanter Ereignisse im Iran und der Region in deutscher Sprache zur Verfügung. Die vorliegenden Texte basieren auf Beobachtungen der gesellschaftlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Realitäten im Iran und im Nahen Osten und wurden von Nahost-Experten verfasst.

Impressum:

AutorInnen: Haleh Ramandi, Razieh Shahverdi, Dr. Nima Ghasemi, Yadegar Kavian, Jasmin Blanc Bärtsch, Elahe Ramandi, Mohsen Hadavi

Übersetzerin: Maryam Atamajori

Redaktion: Elahe Ramandi

Hrsg.: Arbeitsgruppe Medien des Vereins ILF

Iranische Liberale Frauen e.V.

Bremen

Email: iif@iranische-liberale-frauen.org

Website: <https://iranische-liberale-frauen.org>

I. Frau im Fokus

Präambel der Iranischen liberalen Frauen (ILF)

Die Organisation der Iranischen liberalen Frauen (ILF) wurde von einer engagierten Gruppe iranischer Intellektueller im deutschen Exil gegründet. Die primäre Mission dieser Organisation besteht darin, Frauen des Nahen Ostens insbesondere aus dem Iran und aus Afghanistan in Deutschland in den Bereichen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zu stärken und die Ideale von Freiheit und Gleichheit in diesen Ländern zu fördern. Als maßgebliche Kraft setzt sich die ILF dafür ein, Frauen die notwendigen Werkzeuge an die Hand zu geben, damit sie ihre sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rechte einfordern und durchsetzen können. Im Kern strebt die ILF danach, durch gezielte Bildungsprogramme und Öffentlichkeitsarbeit Ungleichheiten zu beseitigen und das kollektive Bewusstsein für die Rolle der Frau in der Gesellschaft zu schärfen.

Die Fortschritte einer Gesellschaft, insbesondere im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, hängen maßgeblich von verschiedenen Schlüsselfaktoren ab. Eine der fundamentalen Voraussetzungen für das Gedeihen einer Gesellschaft ist die umfassende Entfaltung und Befähigung von Frauen. Durch eine präzise und wissenschaftliche Analyse sozialer und ökonomischer Parameter wird es möglich, sowohl die tief sitzenden Probleme einer Gesellschaft zu erkennen als auch die notwendigen Schritte zur Lösung oder Minderung dieser Herausforderungen einzuleiten. Die Förderung und Stärkung von Frauen als aktive Gestalterinnen ihrer Gesellschaft ist dabei von zentraler Bedeutung für die gesellschaftliche Blüte. Zur Förderung von Freiheitsbewegungen und dem Kampf der Frauen für gleiche Rechte hat

die ILF in verschiedenen Bereichen Angebote geschaffen, die auf drei zentrale Aufgabenfelder verteilt sind:

Die Iranischen liberalen Frauen streben nicht nur danach, ihre Ziele auf nationaler Ebene zu verwirklichen, sondern ihre Wirkungskraft auch international zu entfalten. Sie messen dem globalen Wandel und den zunehmenden Herausforderungen, vor denen Frauen im Iran, in Afghanistan und weltweit stehen, höchste Bedeutung bei. Angesichts der fortschreitenden Verflechtung internationaler Fragen und Herausforderungen reagiert die ILF, nicht nur auf die inneren Probleme im Iran, sondern auch auf internationaler Ebene als Akteurin für Frauenrechte und Frieden aufzutreten.

1. Schwerpunkt auf Frieden und Integration:

Da viele Mitglieder der ILF selbst Migrantinnen sind, widmet sich die Organisation intensiv den theoretischen und praktischen Fragen der Integration in moderne europäische Gesellschaften. Ein Kernanliegen ist es, den demokratischen Diskurs zu fördern und das Sicherheitsbewusstsein sowie die Selbstbestimmung von Frauen zu stärken. Die ILF fördert die Kooperation mit internationalen Institutionen und unterstützt die Weiterentwicklung von Demokratie und Menschenrechten auf globaler Ebene.

2. Der Kampf gegen den islamistischen Extremismus:

Radikaler Islamismus stellt nicht nur eine der größten Bedrohungen für die globale Sicherheit dar, sondern auch eine direkte Gefahr für die Rechte der Frauen. Die ILF setzt sich entschieden gegen die menschenverachtende Ideologie des radikalen Islamismus ein und fördert moderate Muslime, die sich für gleiche Rechte und gesellschaftliche Teilhabe einsetzen. Ein zentrales Anliegen der ILF ist es, das Bewusstsein für die destruktiven

I. Frau im Fokus

Auswirkungen des Extremismus auf die Rechte der Frauen zu schärfen und die Stimmen derjenigen zu stärken, die sich für eine gerechtere und offenere Gesellschaft einsetzen.

3. Unterstützung der iranischen Revolution:

Als bedeutende Stimme für Freiheit und Gerechtigkeit setzt sich die ILF mit Nachdruck für die iranische Revolution ein. Die Organisation versteht sich als Brücke zwischen den freiheitsliebenden Bewegungen im Iran und der internationalen Gemeinschaft. Durch enge Kooperationen mit internationalen Menschenrechtsorganisationen und soziale Netzwerke in Europa trägt die ILF dazu bei,

die Stimme der iranischen Freiheitskämpfer:innen in die Welt zu tragen. Im Bewusstsein ihrer Verantwortung nutzt die ILF die demokratischen Strukturen in Deutschland, um den globalen Dialog über die Frauenrechte im Iran voranzutreiben und Solidarität mit der iranischen Revolution zu stärken. Durch Bildungs- und Vernetzungsarbeit unterstützt die ILF gezielt freiheitsliebende Aktivist:innen im Exil und beschleunigt den Wandel hin zu einer demokratischen Zukunft Irans.

Die ILF bleibt fest entschlossen, ihren Beitrag zur Verteidigung der Menschenrechte und zur Durchsetzung der Rechte der Frauen zu leisten – in Iran, in Europa und weltweit.

II.I. Iran - Menschenrechte

Politische Hinrichtungen: Ein Werkzeug zur Verstummung der iranischen Stimmen

Politische Hinrichtungen gehören seit der gewaltsamen Machtergreifung der Islamischen Republik Iran im Jahr 1979 zu den am häufigsten eingesetzten Mitteln, um Protestierende und Dissidenten systematisch zu unterdrücken und ihre Kontrolle über das Volk zu festigen. Aktuell sind 36 politische und sicherheitspolitische Gefangene im Iran von der Todesstrafe bedroht, darunter zwei Frauen. Diese Gefangenen wurden im Zusammenhang mit verschiedenen Protesten und Demonstrationen festgenommen, darunter drei Personen während der Proteste im November 2019 sowie acht Personen im Zuge der Proteste im Jahr 2022, die als Mahsa-Revolution in die Geschichtsbücher eingehen wird. Die Vorwürfe, die gegen diese Gefangenen erhoben werden, umfassen eine Reihe von Anschuldigungen, die von der Regierung konstruiert und manipulativ eingesetzt werden, um das System der Repression zu legitimieren. Zu den

Anlagepunkten gehören Begriffe wie „Moharebeh“ (bewaffneter Kampf gegen die Regierung), „Efsad-e fil-Arz“ (Korruption auf Erden), Spionage, „Baghi“ (Aufruhr), Blasphemie und Mord. Beispielsweise wurde der Vorwurf der Moharebeh gegen Personen wie Mohammad Zeynaldini, Abbas Daris, Ali Obeidavi und Farshid Hassan-Zahi erhoben. Der Vorwurf der Efsad-e fil-Arz, eine der schwerwiegendsten Anklagen im iranischen Strafrecht, wird unter anderem gegen Jamshid Sharmad und Mohammad Javad Vafae Sani vorgebracht.

Diese Verfahren sind nicht nur in ihrer Rechtsgrundlage fragwürdig, sondern auch in der Art und Weise, wie sie durchgeführt werden, zutiefst intransparent und illegal. Zahlreiche Angeklagte wurden in Gerichtsverfahren ohne die Anwesenheit eines selbstgewählten Rechtsbeistands verurteilt und während ihrer Haftzeit schwersten physischen und psychischen Folterungen ausgesetzt. Die Grausamkeit dieser Folter hat einige der Inhaftierten so weit getrieben, dass sie versuchten, sich das Leben zu nehmen.

II.I. Iran - Menschenrechte

Die Eskalation politischer Hinrichtungen und ihre Botschaft:

In den letzten Jahren haben die politischen Hinrichtungen nicht nur an Intensität, sondern auch an Geschwindigkeit zugenommen. Allein im vergangenen Jahr hat die Islamische Republik drei Bürger, namentlich Reza Rasai, Anvar Khezri, und Khosrow Basharat, aus politischen Gründen hingerichtet, während sich die Zahl der nicht-politischen Hinrichtungen um das 2,5-Fache erhöht hat.



Diese brutalen Maßnahmen senden eine unmissverständliche Botschaft der maximalen Repression: Jede Form des Protests gegen die Regierung – sei es friedlich oder auch nur geringfügig – wird mit äußerster Härte und im Extremfall mit dem Todesurteil beantwortet. Die Botschaft der Islamischen Republik ist klar: Jegliche Form von oppositioneller Tätigkeit, sei es der Einsatz für die Rechte von Frauen, Kindern und Arbeitern oder der Protest gegen ethnische und religiöse Diskriminierung, kann mit der Todesstrafe geahndet werden. Diese Hinrichtungen zielen primär darauf ab, Terror und Schrecken in der Gesellschaft zu verbreiten und jeglichen Widerstand im Keim zu ersticken.

Die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft:

Trotz der gravierenden Menschenrechtsverletzungen und der beispiellosen Unterdrückung durch die Islamische Regierung ist es noch nicht zu spät, die Leben der 36 zum Tode verurteilten Gefangenen zu retten. Um diese Todesmaschinerie zu stoppen, bedarf es der diplomatischen und politischen Macht der internationalen Gemeinschaft, die Verbrechen der Islamischen Republik zu verurteilen und sich für die Verurteilten einzusetzen. Jeder dieser Gefangenen ist nicht bloß ein Name auf einer Liste; sie sind Menschen, deren Leben zu Unrecht am Rande der Vernichtung steht.

Die Iranerinnen und Iraner sehen es als ihre kollektive moralische Pflicht, die Namen der Gefährdeten mit lauter Stimme zu rufen: Pakhshan Azizi, Sharifeh Mohammadi, Idris Ali, Youssef Ahmadi, Naib Askari, Pakhshan Azizi, Behrouz Ehsani Eslamloo, Shahryar Bayat, Fazl Bahramian, Mehran Bahramian, Mohammad Javad Vafae Sani, Abbas Daris, Habib Daris, Ali Obeidavi, Mohammad Zeynaldini, Ahmadreza Jalali, Shahab Nadali Jozani, Farshid Hassan-Zahi, Mehdi Hasani, Moein Khonfari, Taj Mohammad Kharmali, Mojahid Korkori (Abbas Korkori), Mahmoud Moharabi, Ali Majdam, Salem Mousavi, Sharifeh Mohammadi, Mohammadreza Moghadam, Farhad Shakeri, Jamshid Sharmad, Adham Narouei, Amir Rahimpour, Mansour Rasooli, Abdul Rahman Gorgij, Abdul Hakim Azim Gorgij, Adnan Ghabishaavi, Malik Ali Fadaei Nasab, Malik Davarshenas (Sayyed Malik Mousavi), Eisa EidMohammadi.

Die Zeit drängt, und die Iranerinnen und Iraner brauchen die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden und den Opfern dieser ungerechten Unterdrückung eine Stimme zu geben.

II.II. Iran - Innenpolitik

Revolutionsgarden und Basidsch-Miliz: Ideologische Wurzeln und internationale Ausrichtung

Um die Natur der Basidsch-Miliz und der Revolutionsgarden (Sepah-e Pasdaran) zu begreifen, muss man die politische Entwicklung betrachten, die nach der Revolution von 1979 zur hegemonialen Ideologie im Iran wurde. Diese Revolution ereignete sich in einer Zeit, etwa sieben bis acht Jahre vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als die bipolare Weltordnung, geprägt durch den Konflikt zwischen Ost und West, den globalen Diskurs dominierte. Die marxistisch-ideologische Linke hatte damals weltweiten Einfluss auf revolutionäre Bewegungen, und die iranische Revolution von 1979 war keine Ausnahme.

Ähnliche Organisationen wie die Revolutionsgarden und die Basidsch-Miliz existierten in früheren Staaten des Ostblocks, insbesondere in Osteuropa, wo sie als „Volksarmeen“ bezeichnet wurden. Diese Milizen, rekrutiert aus der Zivilbevölkerung, sollten offiziell die Revolution und ihre Werte verteidigen, wurden jedoch de facto zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung eingesetzt. Sie erhielten oft eine halb-militärische Ausbildung und dienten der Stabilisierung der politischen Ordnung in den sogenannten „Volksrepubliken“, die marxistisch-leninistisch geprägt waren. Die Revolutionsgarden und die Basidsch-Miliz im Iran stellen moderne Entsprechungen

dieser Milizen dar, wie sich in den letzten vier Jahrzehnten gezeigt hat. Sie spielen eine zentrale Rolle bei der Niederschlagung von Protesten und politischen Unruhen, ob es sich um politische oder gewerkschaftliche Demonstrationen handelt. Ein erheblicher Teil des iranischen Staatshaushalts wird diesen Organisationen zugewiesen, was ihre zentrale Stellung im Machtsystem des Landes unterstreicht.

Besonders aufschlussreich ist die Aussage hochrangiger Offiziere der Revolutionsgarden, dass der Name „Iran“ in ihrer Ideologie keine Rolle spielt. Dies deutet auf eine internationalistische Ausrichtung hin, die an die sowjetische Unterstützung globaler revolutionärer Bewegungen erinnert. Diese Bewegungen verfolgten das Ziel der globalen Befreiung der Arbeiterklasse, nicht nur in einzelnen Ländern wie Polen, Rumänien oder Nordkorea, sondern weltweit. Die iranischen Revolutionsgarden und die Basidsch-Miliz sind daher nicht primär dem nationalen Interesse verpflichtet, sondern verfolgen transnationale und revolutionäre Ziele.

Trotz der enormen finanziellen Mittel, die diesen Organisationen zur Verfügung stehen, unterliegen sie keiner ernsthaften Überprüfung oder Kontrolle. In Übereinstimmung mit ihrer ideologischen Ausrichtung sind sie nicht an die Wahrung nationaler Interessen gebunden, sondern agieren im Dienst eines breiteren revolutionären Projekts.

II.III. Iran - Außenpolitik

Innenpolitische Fesselung, äußerste Vorsicht in der Außenpolitik: Eine Analyse zum zweiten Jahrestag von „Frau, Leben, Freiheit“ und dem Entflammen des Krieges im Nahen Osten

Im September 2024 markiert die revolutionäre Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ ihr zweijähriges Bestehen. In diesem Kontext vereinigten sich im Iran Frauen, Arbeiter, Angestellte, Studierende, Lehrkräfte, Fahrer, Ladenbesitzer und religiöse Minderheiten, um im Streben nach politischen und zivilen Freiheiten, unter dem

II.III. Iran - Außenpolitik

Banner von Freiheit und Patriotismus, den gewaltigsten Druck seit der Machtübernahme der Islamischen Republik auszuüben.

Ein zentrales Merkmal dieser Bewegung ist die Rückkehr der Mittelschicht und der Arbeiterklasse sowie die Überwindung der Kluft zwischen Zentrum und Peripherie.

Die gleichzeitige Aktivität mehrerer Protestzentren im gesamten Land hinderte das Regime daran, Sicherheitskräfte aus anderen Regionen zur Unterdrückung zu entsenden. Die unmittelbare Folge dieser Situation war das hunderttägige Fortdauern der Proteste im Inland, das zu einem Rücktritt weiterer Vasallen des Regimes führte und letztlich die Entwertung und Schwächung der verbleibenden Kräfte im Regime nach sich zog. Gleichzeitig manifestierte sich ein organisierter Widerstand der iranischen Diaspora.

Mit der Übertragung der politischen Legitimität von innen nach außen und dem plötzlichen Tod des Präsidenten - der durch manipulierte Wahlen ins Amt gelangt war - sowie dessen Ersatz durch eine weniger bekannte Figur in einer Wahl, an der laut Regime nur 40 % der Wahlberechtigten im ersten Durchgang teilnahmen, hat das Misstrauen und die Gleichgültigkeit der iranischen Bevölkerung gegenüber den politischen Kräften innerhalb des Regimes ihren Höhepunkt erreicht. Die oppositionellen Kräfte, die innerhalb des Landes über eine breite Unterstützung der Bevölkerung verfügen, streben eine stärkere Organisation an. Im Gegensatz dazu versuchen die Parteien, welche die Unterstützung der Bevölkerung nicht genießen, Stimmen unter ausländischen Politikern und Lobbyisten zu gewinnen, insbesondere im Westen.

Angesichts der politischen Konstellation, der Leere der Staatskasse, der weitreichenden Migration von Eliten und Arbeitskräften sowie der fehlenden wissenschaftlichen, strategischen und wirtschaftlichen

Verbindungen zu entwickelten Ländern scheint das Reformprogramm der Regierung von Massoud Peseshkian geringe Erfolgschancen zu haben. Diese Initiative könnte als Versuch gewertet werden, einen leblosen Körper mit Sauerstoff wiederzubeleben.

Die instabile Situation wird umso prekärer, da der Führer des Regimes der Islamischen Republik Ayatollah Chameini 85 Jahre alt ist und ein schleichender, heimlicher Wettlauf um seine Nachfolge im Gange ist. Diese Dynamik unterstreicht die Fragilität des gegenwärtigen politischen Systems und die Dringlichkeit eines Wandels.

Die Entscheidung des Regimes der Islamischen Republik, Russland im Krieg gegen die Ukraine mit Waffen zu unterstützen, hat Iran zu einem erheblichen prestige- und ansehensbezogenen Problem für die Biden-Harris-Regierung werden lassen. Diese Entwicklung stellt eine kritische Herausforderung dar, da der Konflikt für die Vereinigten Staaten von strategischer Bedeutung ist.

Die direkten Angriffe auf Israel sowie die Eskalation des Krieges im Nahen Osten - insbesondere mit dem offiziellen Krieg zwischen Israel und der Hisbollah und den Gefechten mit den Huthis im Jemen, einer weiteren Stellvertretergruppe des Regimes - erhöhen das Risiko einer direkten US-Intervention.

Die Außenpolitik der Islamischen Republik, die sich der eigenen Unfähigkeit bewusst ist, in einem klassischen Krieg gegen globale Mächte zu bestehen, hat konsequent eine direkte Konfrontation mit den USA vermieden.

In dieser defensiven Position meidet das Regime sogar das Anrufen eines Casus Belli oder mit anderen Worten einer Kriegserklärung, selbst im Angesicht der Tötung hochrangiger Militär- und Diplomatenvertreter, sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen.

II.III. Iran - Außenpolitik

Dies verdeutlicht die fragilen geopolitischen Dynamiken, in denen sich das Regime bewegt, und die wachsenden Gefahren, die sowohl für Iran als auch für die internationale Stabilität entstehen.

Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten haben für die Führung der Islamischen Republik Iran eine überragende strategische Bedeutung. Die beiden konkurrierenden Wahlkampagnen verkörpern nicht nur diametral entgegengesetzte Visionen zur Rolle Amerikas in der globalen Ordnung, sondern markieren auch eine tiefgreifende Neuausrichtung der politischen Parameter im Inneren der USA. Auf der einen Seite stehen die erfahrenen Akteure des außenpolitischen Apparats der USA, die entschlossen sind, den militärischen Konflikt in der Ukraine weiter zu eskalieren, die wachsende geopolitische Macht Chinas durch gezielte Eindämmungsstrategien zu beschränken und Iran als primär Verantwortlichen für die Lieferung ballistischer Raketen an Russland sowie für den Angriff auf Israel am 7. Oktober darzustellen.

Der Ex-Präsident Trump und viele seiner Unterstützer sprechen von einem sogenannten "tiefen Staat" innerhalb der staatlichen Institutionen, der die USA in endlose Konflikte verstrickt. Ihr erklärtes Ziel ist es, diese vermeintliche Kriegsmaschinerie zu stoppen. Abseits der Wahlkampf Bühne vertreten einige glühende Trump-Anhänger sogar zunehmend eine kritische Haltung gegenüber Israel und sind der Überzeugung, dass die mächtige Israel-Lobby entgegen den nationalen Interessen der USA agiert und das Land in einen Krieg mit dem Iran zwingen will. Gleichzeitig sieht sich die Islamische Republik, die stark auf Trumps Abwahl und eine Lockerung der Sanktionen unter einer demokratischen Regierung gesetzt hatte, in einem gefährlichen sicherheitspolitischen Strudel gefangen. Mit Kamala Harris im Weißen Haus und den kriegstreibenden

Kräften in den Außen- und Sicherheitsbehörden droht sich die Situation für den Iran dramatisch zuzuspitzen, möglicherweise bis hin zu einem direkten militärischen Konflikt.

Die Führung der Islamischen Republik, die einen erheblichen strategischen Einsatz darauf gesetzt hatte, dass Trumps Abwahl im Jahr 2020 eine Lockerung der gegen das Land verhängten Sanktionen zur Folge haben würde, sieht sich nun mit einer weitaus komplexeren und gefährlicheren sicherheitspolitischen Lage konfrontiert. Sollte Kamala Harris das Amt der Präsidentin übernehmen, könnten jene kriegstreiberischen Kreise innerhalb der Außen- und sicherheitspolitischen Institutionen der USA freie Hand erhalten, militärische Optionen gegen Iran in Erwägung zu ziehen. Die Entscheidungsträger in Teheran befinden sich inmitten eines sicherheitspolitischen Strudels, der das Überleben des Regimes in einer potenziell existenzbedrohenden Weise herausfordern könnte. In diesem Kontext werden die Präsidentschaftswahlen der USA nicht nur als eine innenpolitische Richtungsentscheidung betrachtet, sondern als ein geopolitisches Schicksalsspiel, das die künftige Position Irans auf der internationalen Bühne nachhaltig prägen wird. Die gegenwärtige Lage im Iran offenbart eindringlich die Unwilligkeit des Regimes, wirksame politische und zivile Reformen zu initiieren. Zudem zeigt sie die Unfähigkeit, eine wirtschaftliche Dynamik zu entwickeln, sowie eine tiefgreifende Krise der Legitimität und der effektiven politischen Kräfte innerhalb des Landes. In dieser Situation sieht sich das Regime einer hochriskanten Konfrontation mit Israel und den USA gegenüber, während es gleichzeitig in eine defensive Haltung verfallen ist. Dies verdeutlicht die prekäre Lage, in der das Regime sich befindet, und die Dringlichkeit für grundlegende Veränderungen.

III.I. Deutschland - Migration und Integration

Zwischen Integration und Ideologie: Die tiefgreifende Herausforderung islamischer Migration für westliche Gesellschaften

In offenen westlichen Gesellschaften ist es selbstverständlich, muslimische Asylbewerber aufzunehmen und die Migration vieler islamischer Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. In letzter Zeit zeigt sich jedoch, dass die Integration, insbesondere junger islamischer Migranten, eine erhebliche Herausforderung für die Gesellschaft und die Betroffenen darstellt. Gleichzeitig breiten sich islamistische Tendenzen aus. Es kommen Muslime ins Land, die vor dem Islamismus aus ihren Heimatländern fliehen, aber auch solche, die ihn importieren - teilweise im Auftrag von Staaten wie der Islamischen Republik Iran, welche die Welt islamisieren möchten oder von islamistischen Terrorgruppen. Ein Beispiel dafür ist die Blaue Moschee in Hamburg, die jahrzehntelang als religiöses und ideologisches Zentrum unter iranischer Führung diente. Sie wurde letztlich aufgrund ihrer Rolle in der Verbreitung von Islamismus und ihrer Verbindungen zu Terrororganisationen geschlossen, was die Gefahr einer direkten Einflussnahme auf westliche Gesellschaften verdeutlicht.

Viele muslimische Bürgerinnen und Bürger trennen Religion von Politik und teilen unsere Normen und Werte, insbesondere im Umgang mit Frauen. Sie haben sich erfolgreich angepasst oder sind in Ländern aufgewachsen, in denen trotz islamischem Hintergrund ähnliche Werte wie bei uns gelebt werden.

Oft wird unterschätzt, wie anspruchsvoll Integration ist. Werte und Normen werden bereits früh in der Kindheit und Sozialisation geprägt, und die Unterschiede können enorm sein. Ein Beispiel: In Afghanistan darf eine Frau nicht auf der Straße sprechen und arbeiten sowieso nicht. Ein kleines Mädchen kann nur die Grundschule besuchen und ihre

Abhängigkeit vom Mann ist vorprogrammiert. Man stelle sich vor, wir müssten uns an solche Realitäten anpassen und integrieren. Zwar handelt es sich um extreme Beispiele gelebten Islam, aber genau solche Menschen kommen auch zu uns und sollten sich integrieren.



@ Michael Arning | Michael Arning

Zu Beginn der Integration steht die Fähigkeit, sich in andere Normen und Werte hineinzusetzen, diese zu akzeptieren und sich schließlich anzupassen. Manche sind damit schlichtweg überfordert oder stellen fest, dass sie sich den Normen nicht anpassen wollen oder können. Selbst sehr gut integrierte Menschen spüren oft noch nach Jahren die tägliche Anstrengung, sich anzupassen - eine Art Arbeit, bei der sie nicht ganz sie selbst sein können. Besonders anspruchsvoll ist die Integration junger islamischer Männer in unsere Gesellschaft.

Diese Gefahren sollten uns sehr bewusst sein. Je tiefer man sich mit dem Thema beschäftigt, desto deutlicher wird, wie subtil dieser Prozess voranschreitet - sogar Universitäten sind teilweise betroffen. Dies gefährdet unsere freie Gesellschaft, die Rechte der Frauen und die Sicherheit insgesamt. Integrationsverweigerer und Islamisten, die unsere Gesellschaft islamisieren wollen,

III.I. Deutschland - Migration und Integration

müssen frühzeitig identifiziert, gestoppt und gegebenenfalls abgeschoben werden.

Die Organisation der iranischen liberalen Frauen entwickelt daher in Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern Programme, die sowohl Integrationsmaßnahmen für Migranten umfassen, die sich anpassen können und wollen, als auch Informations- und Sensibilisierungsprogramme für Entscheidungsträger, Verantwortliche und Multiplikatoren im Asyl- und Migrationsbereich.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Integration muslimischer Migranten in westlichen Gesellschaften eine komplexe und herausfordernde Aufgabe ist, die weit über das bloße Zusammenleben hinausgeht. Besonders kritisch sind die wachsenden islamistischen Tendenzen, die oft durch externe Einflüsse wie den politischen Islam und die Unterwanderung durch Staaten wie die Islamische Republik Iran verstärkt werden. Die Ziele dieses Islamismus, nämlich die Islamisierung der Welt, sind besorgniserregend und erinnern an islamische Kreuzzüge der modernen Zeit.

Es ist daher entscheidend, frühzeitig zwischen Integrationswilligen und denen, die unsere Gesellschaft ablehnen oder gefährden, zu unterscheiden. Programme zur Förderung der Integration sowie zur Aufklärung und Sensibilisierung von Entscheidungsträgern sind unerlässlich, um die Balance zwischen Offenheit und Schutz der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Diese Herausforderung bedingt nicht nur politische Maßnahmen, sondern auch ein tiefes Verständnis für kulturelle Unterschiede und die Schwierigkeiten, die eine echte Anpassung mit sich bringt. Nur durch eine ausgewogene und klare Herangehensweise können wir sowohl die Sicherheit unserer freien Gesellschaft gewährleisten als auch den integrationsbereiten Migranten eine erfolgreiche Teilhabe ermöglichen.

Diskurs oder Polarisierung? Der Weg zu einem inklusiven Dialog über Migration

Migration ist eines der zentralen Themen in der öffentlichen Debatte in Deutschland, das oft emotional und kontrovers diskutiert wird. Als deutsch-iranische Frauen sind wir mit rassistischen Erfahrungen vertraut und kennen die tiefen gesellschaftlichen Vorurteile. Doch wir glauben, dass eine rein symbolische oder oberflächliche Unterstützung von Migranten nicht nur deren Interessen schadet, sondern auch zu einer allgemeinen Frustration in der Gesellschaft führt. Wenn Migration in politischen und medialen Diskussionen immer wieder instrumentalisiert wird, um bestimmte Ziele zu verfolgen, entsteht eine wachsende Verärgerung, die sich nicht nur bei den Migranten selbst, sondern auch in der gesamten Gesellschaft breitmacht. Der ständige Fokus auf Migration kann dazu führen, dass sich Menschen, die sich von diesen Debatten nicht direkt angesprochen fühlen, zunehmend ausgeschlossen oder missverstanden fühlen. Sie erleben, wie ihre eigenen Sorgen und Herausforderungen in den Hintergrund treten, was das Gefühl verstärkt, dass die politische und mediale Aufmerksamkeit nicht ausgewogen verteilt ist. Diese Wahrnehmung des Missverständnisses schafft ein Klima der Entfremdung, das das gesellschaftliche Zusammenleben zusätzlich belastet.

Statt impulsiv auf fremdenfeindliche Vorfälle zu reagieren, sollten wir uns mit den tieferliegenden Ursachen auseinandersetzen. Es ist besonders wichtig zu verstehen, warum solche Vorurteile entstehen und was sie in der deutschen Gesellschaft, insbesondere bei jungen Menschen verstärkt.

Ein entscheidender Punkt ist, dass Bürger*innen migrationspolitische Themen oder gesellschaftliche Entwicklungen kritisch hinterfragen können müssen, ohne sofort als

III.I. Deutschland - Migration und Integration

fremdenfeindlich abgestempelt zu werden. Wenn es keinen Raum für moderate Stimmen gibt, riskieren wir, dass sich diese Menschen aus dem Diskurs zurückziehen oder, im schlimmsten Fall, radikalere Positionen einnehmen. Dies führt zu einer gefährlichen Polarisierung, die die Gesellschaft spalten kann.

Viele Menschen, die sich als moderat betrachten, fühlen sich nicht ausreichend gehört. Wenn ihre berechtigte Kritik pauschal abgelehnt wird, entstehen Wut und Frustration, die extremere Einstellungen begünstigen können. Diese Dynamik verstärkt sich, wenn Diskussionen von extremen Ansichten dominiert werden und gemäßigte Meinungen unterdrückt werden. Am Ende könnte dies zu einer Verhärtung der Fronten führen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gefährden.

Um Polarisierung zu vermeiden, müssen wir auch den moderaten Stimmen Raum geben. Eine freie, offene und differenzierte Debatte ist unerlässlich, um zu verhindern, dass Teile der Gesellschaft ins Extreme abgedrängt werden. Nur durch einen inklusiven Diskurs, der faire Kritik zulässt, können wir die Spaltung der Gesellschaft verhindern.

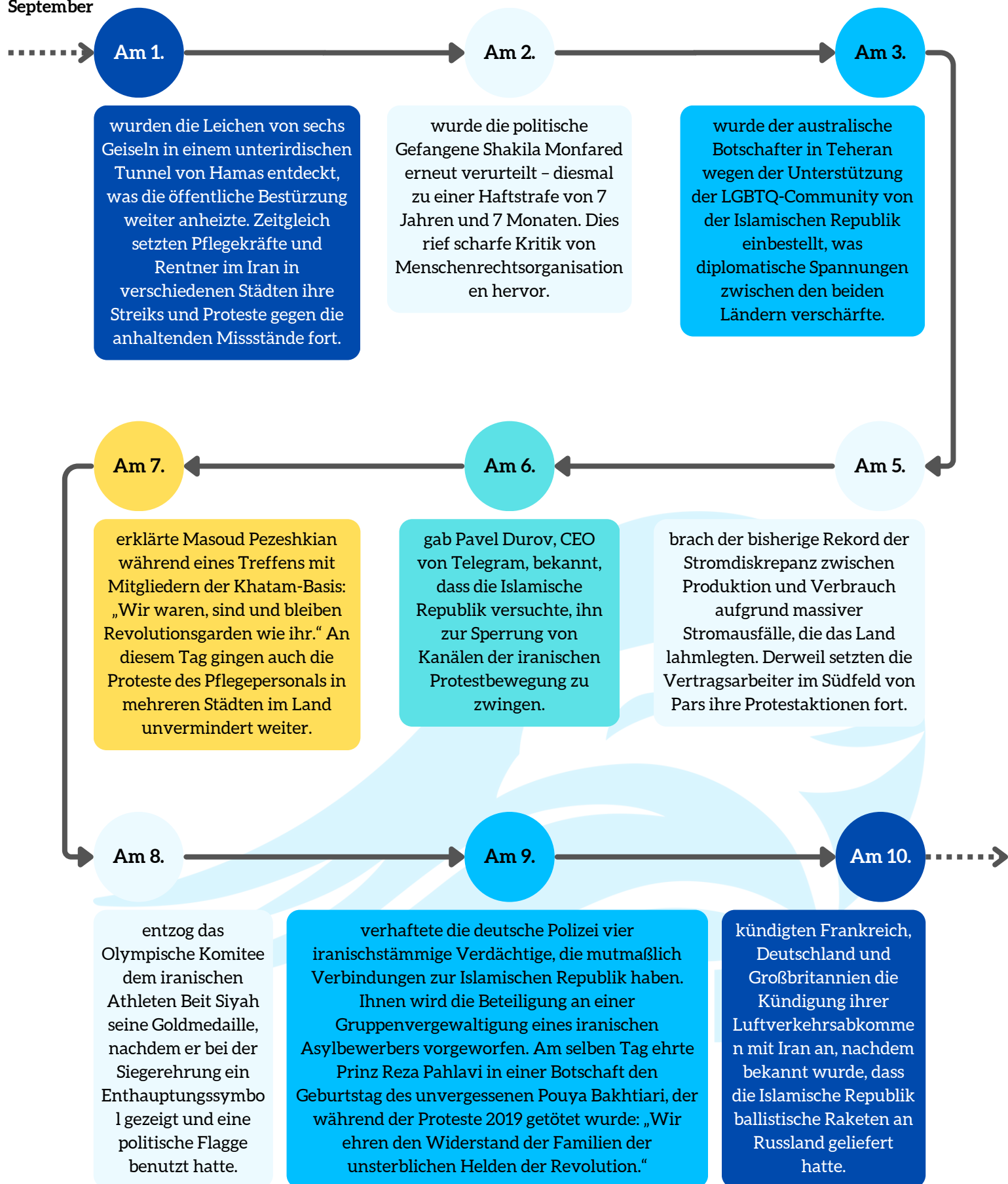
Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass die Unfähigkeit oder der mangelnde Wille, die Anliegen moderater Bürger*innen anzuhören, langfristig gefährlich ist. Es ist dringend notwendig, kritische Stimmen nicht zum Schweigen zu bringen, sondern sie als Teil eines offenen demokratischen Dialogs zu betrachten. Ohne diesen Dialog laufen wir Gefahr, dass Wut und Frustration überhört werden und sich letztlich in fremdenfeindliches oder extremistisches Verhalten verwandeln.

Die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland erfordert ein tiefes Verständnis für die zugrunde liegenden Vorurteile und gesellschaftlichen Strukturen.

Um die Herausforderungen im Bereich Migration und Integration erfolgreich zu bewältigen, bedarf es eines respektvollen und inklusiven Dialogs, der alle Stimmen, insbesondere die gemäßigten, einbezieht. Nur durch eine offene und differenzierte Debatte können Missverständnisse abgebaut, der soziale Zusammenhalt gestärkt und eine gerechtere Gesellschaft für alle geschaffen werden. Der Schlüssel zu einer harmonischen und integrativen Gesellschaft liegt darin, verschiedene Perspektiven zuzulassen und die Bedenken aller Bürger*innen ernsthaft in die gesellschaftliche Diskussion einzubinden.

IV. Ereignistafel

September



IV. Ereignistafel

Am 11.

sorgte Masoud Pezeshkian für Aufsehen, als er versehentlich in einem offenen Mikrofon gestand: „Wir werden zu einer Diplomatie gezwungen, die wir nicht beherrschen.“ Später forderte er in einem Treffen mit dem irakischen Präsidenten die Abschaffung der Grenzen zwischen islamischen Ländern.

Am 12.

verließ Mohammad Hadi Mofatteh, Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg, Deutschland nach Ablauf des Ultimatums der deutschen Regierung.

Am 14.

fand die erste Pressekonferenz des neu gewählten Präsidenten Masoud Pezeshkian statt, in der er klarstellte, dass es keinen anderen Weg gebe, als das FATF-Problem zu lösen, um die Sanktionen zu beseitigen. Zudem erneuerte er seinen Appell, die Grenzen zwischen islamischen Ländern zu öffnen.

Am 17.

wurden bei einer Serie von Explosionen in den Basen der Hisbollah im Libanon dutzende Mitglieder schwer verletzt. Mindestens 12 Menschen starben, darunter auch der iranische Botschafter im Libanon, der ebenfalls verletzt wurde.

Am 16.

wurde im Gefängnis Qezel Hesar eine Gedenkzeremonie zum zweiten Jahrestag des Todes von Mahsa Amini abgehalten. Auch die Frauenorganisation der Vereinten Nationen postete eine Botschaft der Solidarität mit den iranischen Frauen. Gleichzeitig wurde an diesem Tag eine Straße in Frankfurt nach Mahsa Amini benannt.

Am 15.

veröffentlichte Prinz Reza Pahlavi eine Botschaft zum Todestag von Mahsa Amini. Er sagte: „Der Weg der unsterblichen Helden, die ihr Leben für die Freiheit und den Stolz des Iran gaben, wird fortgesetzt. Ruft ihre ehrenvollen Namen laut aus, teilt ihre mutigen Geschichten und unterstützt ihre tapferen Familien. Schulter an Schulter stehen wir gegen die Islamische Republik – gemeinsam sind wir stärker.“

Am 18.

wurde Faezeh Hashemi Rafsanjani aus der Haft entlassen. Dies war bereits das wiederholte Mal, dass die Tochter des Mitbegründers der Islamischen Republik inhaftiert und anschließend freigelassen wurde.

Am 19.

verhängte das US-Finanzministerium neue Sanktionen gegen die islamische Republik anlässlich des zweiten Jahrestages von Mahsa Aminis Tod. Der iranische Generalstaatsanwalt forderte gleichzeitig, dass gegen Frauen ohne Kopftuch strafrechtlich ermittelt werde. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock verurteilte in ihrer Rede vor der UN-Generalversammlung scharf die Menschenrechtsverletzungen im Iran und forderte härtere Sanktionen gegen das Regime.

Am 20.

hielt Prinz Reza Pahlavi eine Rede bei der dreitägigen Konferenz des Israelisch-Amerikanischen Rates im Hilton Washington Hotel, die in den sozialen Medien viel Zuspruch fand. Zeitgleich tötete ein israelischer Luftangriff in Beirut Dutzende und verletzte Hunderte. Unter den Toten befanden sich 16 hochrangige Hisbollah-Kommandeure.

IV. Ereignistafel

Am 21.

forderte eine Explosion in einem Kohlebergwerk in Tabas das Leben von über 50 Arbeitern, die aufgrund fehlender Sicherheitsmaßnahmen ums Leben kamen. Die Methangasexplosion tötete mindestens 52 Arbeiter, viele weitere wurden verletzt oder gelten als vermisst.

Am 22.

setzten die israelischen Luftangriffe auf den Libanon fort, während Iran seine Unterstützung für die Hisbollah durch Waffenlieferungen und logistische Hilfe verstärkte, was zu einer Eskalation der Spannungen in der Region führte.

Am 24.

reisten Masoud Pezeshkian, Mohammad Javad Zarif, Abbas Araghchi und Majid Takht-Ravanchi zur jährlichen UN-Versammlung nach New York. Pezeshkian sorgte in einem Treffen mit amerikanischen Medienvertretern für Aufsehen, als er sagte, Iran sei bereit, seine Waffen niederzulegen, wenn Israel dasselbe tue.

Am 27.

wurden nach 85 Jahren 1.100 antike Tontafeln aus der Zeit des Achämenidenreichs aus den USA an den Iran zurückgegeben.

Am 26.

begannen vier westliche Länder – Kanada, Australien, Deutschland und die Niederlande – einen historischen Schritt zur Verfolgung der Taliban vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Verstößen gegen die Rechte der Frauen. Gleichzeitig feuerte die Hisbollah über 80 Raketen auf Israel ab.

Am 25.

stieß Pezeshkians Rede vor der UN-Generalversammlung in den sozialen Medien auf scharfe Kritik iranischer Nutzer. Er erklärte, dass der Iran bereit sei, das Atomabkommen wiederzubeleben, und danach auch für Gespräche über andere Themen offen sei. Zudem forderte er ein Referendum für das palästinensische Volk.

Am 28.

wurde Hassan Nasrallah, der oberste Befehlshaber der Hisbollah, bei einem gezielten Luftangriff Israels auf das Hauptquartier der Hisbollah getötet. Mehrere weitere hochrangige Kommandeure kamen ebenfalls ums Leben.

Am 30.

wandte sich der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu in einer Botschaft an das iranische Volk: „Ich weiß, dass ihr die Mörder und Vergewaltiger von Hamas und Hisbollah nicht unterstützt, aber eure Führer tun es. Wenn der Iran frei ist – was schneller geschehen wird, als ihr denkt – werden Iran und Israel in Frieden leben, und der Iran wird blühen wie nie zuvor.“